Kanton Bern

Lehrer verlor Patent zu Recht

KINDERPORNOGRAFIE
Nach seiner Verurteilung wegen Kinderpornografie ist einem Berner zu Recht sein Primarlehrerpatent entzogen worden. Das Bundesgericht hat die Beschwerde des Mannes abgewiesen.

Im Sommer 2007 durchsuchte die Polizei die Wohnung eines Berner Lehrers und fand dabei Unmengen an Bildern, Videos und Dokumenten mit kinderpornografischem Inhalt. Das Material hatte er ab 2003 über elektronische Tauschbörsen erworben und weiterverteilt. Zudem hatte er es im Internet teilweise Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht. Das Kreisgericht Thun verurteilte den Mann im Dezember 2008 wegen verbotener Pornografie zu einer einjährigen Freiheitsstrafe.

Der Vollzug der Strafe wurde aufgeschoben, verbunden mit der Weisung, sich einer Therapie für Sexualstraftäter zu unterziehen. Von seinem Lehrerjob war der Mann bereits kurz nach der Razzia suspendiert worden. Nach der Verurteilung wurde das Anstellungsverhältnis definitiv aufgelöst. Der 43-jährige Lehrer hatte erfolglos argumentiert, dass seine private Verfehlung nichts mit dem Job zu tun habe.

Auf schwarzer Liste

2010 entzog ihm die Berner Erziehungsdirektion das Primarlehrerpatent für mindestens drei Jahre. Eine Neuurteilung stellte es nach Abschluss der Therapie in Aussicht. Zudem wurde angeordnet, den Mann auf die interkantonale Liste von Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung aufzunehmen.

Nach dem Berner Verwaltungsgericht hat nun auch das Bundesgericht die Beschwerde des Betroffenen abgewiesen und den Entzug der Unterrichtsberechtigung bestätigt. Er hatte geltend gemacht, der Patententzug komme einem Berufsverbot gleich, womit ein schwerer Eingriff in seine Wirtschaftsfreiheit vorliege.

Recht auf «normalen» Lehrer

Die Richter in Lausanne halten ihm entgegen, dass er immer noch eine Lehrtätigkeit ausser-

«Kinder haben einen Anspruch darauf, von Lehrern ohne Interesse an Kinderpornografie unterrichtet zu werden.»

Bundesgericht

halb der Volksschule ausüben kann. Erfolglos blieb auch der Einwand des Lehrers, dass er die strafbaren Handlungen privat begangen habe und am Patententzug kein öffentliches Interesse bestehe. Gemäss dem Urteil ist das Berner Verwaltungsgericht indessen zu Recht davon ausgegangen, dass der Mann eine wesentliche persönliche Voraussetzung für einen Volksschullehrer nicht erfüllt und Kinder einen Anspruch darauf haben, von Lehrern ohne manifestes Interesse an Kinderpornografie unterrichtet und erzogen zu werden.

Der 43-Jährige hatte sein Primarlehrerpatent 1993 erworben und war zuletzt an einer Oberstufenschule im Berner Oberland angestellt gewesen. *sda*